

Pikante Modellrechnungen zur Einwanderung

Laut einem ehemaligen Nationalbank-Forscher wäre eine Steuerung der Immigration via Geldpolitik mit hohen Kosten verbunden

HANSUELI SCHÖCHLI

Seit 2002 ist die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz von 7,3 auf gut 9 Millionen gewachsen. Fünf Sechstel des Anstiegs entfielen auf die Nettoeinwanderung. 2002 ist ein gängiges Vergleichsjahr, weil jenes Jahr den Start der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU markierte – des gegenseitigen bewilligungsfreien Zugangs zum Arbeitsmarkt. Gut 55 Prozent des Schweizer Bevölkerungswachstums seit 2002 entfielen auf die Nettozuwanderung im Rahmen der Personenfreizügigkeit.

Wie lange die Personenfreizügigkeit politisch überleben wird, ist eine offene Frage. Der nächste Härtetest kommt voraussichtlich 2026 mit dem Urnengang zur SVP-Initiative über die «10-Millionen-Schweiz».

Boris Zürcher, der frühere Chef Arbeitsmarkt des Bundes, hatte vor Jahresfrist bei seinem Abschiedsinterview mit der NZZ erklärt, dass er nicht an die langfristige Akzeptanz des hohen Einwanderungsniveaus glaube. Wenn aber die Schweiz die Einwanderung bremsen wolle, solle sie dies besser via Nationalbank durch Zulassung eines teureren Frankens tun statt durch Kontingente – die im politischen Prozess durch einflussreiche Branchen zerredet würden. Auch andere Ökonomen sahen in der Geldpolitik der Nationalbank ein sinnvolles Instrument für die Einwanderungssteuerung. Doch war in der Zunft auch erhebliche Skepsis zu vernehmen.

Hohe Kollateralschäden

Neue Modellrechnungen geben nun der Nationalbank-Option schlechte Noten. Absender ist der Ökonom Peter Stalder. Er war früher Forscher der Nationalbank und baute damals ein volkswirtschaftliches Modell, das er immer noch für Studien verwendet. Mit diesem Modell simulierte er die volkswirtschaftlichen Folgen einer deutlichen Einwanderungsbremse via Geldpolitik.

Am Ausgangspunkt standen die Daten zum Zusammenhang zwischen Beschäftigungsentwicklung und Nettoeinwanderung in der Schweiz während der letzten gut zwanzig Jahre. Zwei Kernbotschaften daraus: Selbst bei stagnierender Beschäftigung gebe es immer noch signifikante Nettoeinwanderung (gegen 30 000 pro Jahr), und für eine bedeutende Reduktion der Einwanderung müsste die National-



Um den Franken noch stärker aufzuwerten, müsste die SNB gewaltig am Devisenmarkt intervenieren.

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

bank stark auf das volkswirtschaftliche Bremspedal drücken.

Um für die Periode 2010 bis 2024 die Nettoeinwanderung von durchschnittlich 69 000 auf 44 000 pro Jahr zu senken, hätte die Nationalbank laut den Simulationsrechnungen via Zinserhöhung und Frankenaufwertung stark intervenieren müssen. So stark, dass die Wirtschaftsleistung (BIP) 2024 um mehr als 9 Prozent unter dem effektiven Niveau gelegen hätte. Zwar wäre auch die Bevölkerung kleiner gewesen, doch das BIP pro Einwohner hätte über 5 Prozent unter dem effektiven Niveau gelegen. Und die Arbeitslosigkeit wäre gestiegen.

Dieses Szenario hätte laut den Schätzungen nicht einmal die Wohnungsknappheit gelindert. Im Gegenteil: Die Einwanderung und damit die Bevölkerung hätten zwar unter dem effektiven Niveau gelegen, doch das Wohnungsangebot wäre noch stärker gesunken. Dies, weil die Wohnbauinvestitionen aufgrund höherer Zinsen und tieferen Bevölkerungswachstums geschrumpft

wären. Fazit: Gemessen an den Schätzergebnissen hätte die Geldpolitik im Simulationsszenario das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Diskutable Annahmen

Deutlich effizienter wäre laut Stalders Modellrechnungen eine direkte Steuerung der Einwanderung via Kontingente (oder Zuwanderungsabgabe): Die BIP-Einbusse als Preis für eine Reduktion der Einwanderung von 2010 bis 2024 im gleichen Umfang wie im Szenario der restriktiveren Geldpolitik wäre weit geringer. Und die Wirtschaftsleistung pro Kopf läge im Kontingentszenario sogar etwas über dem effektiven Niveau.

Das erscheint wie eine Aufforderung zur Beendigung der Personenfreizügigkeit mit der EU. Doch Stalder räumt ein, dass seine Rechnungen allfällige negative Folgen aus der Kündigung der Personenfreizügigkeit und dem Wegfall von damit verbundenen Verträgen mit der EU nicht berücksichtigten.

Die Modellrechnungen scheinen auch zu unterstellen, dass Einwanderer die angestammten Arbeitskräfte nicht ergänzen, sondern verdrängen – und dass sich damit eine Reduktion der Einwanderung mehr oder weniger kostenfrei durch zusätzliche Beschäftigung inländischer Arbeitskräfte kompensieren lässt. Dies deckt sich nicht mit den jährlichen Arbeitsmarktanalysen des Bundes und diversen externen Studien. Kaum berücksichtigt scheint auch, dass der EU-weite Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften manche Firmeninvestitionen in der Schweiz auslöst, von denen auch Angestammte profitieren können. In der Kurzformel eines befragten Ökonomen: «Google wäre ohne Zugang zu Arbeitskräften nicht in die Schweiz gekommen.»

Dass es selbst in Perioden ohne Stellenwachstum in der Schweiz noch eine erhebliche Nettoeinwanderung gibt, ist gemäss Stalder ein Beleg für die Verdrängungsthese. Es kann indes verschiedene Gründe für Nettoeinwanderung in Stagnationsphasen geben: Einwanderer

passen besser zum Profil offener Stellen als angestammte Arbeitskräfte; Einwanderer kommen aus familiären oder Studiengründen; oder Einwanderer kompensieren einen Rückgang in der einheimischen Erwerbstätigkeit. Der Trend zu mehr Teilzeitarbeit und in Zukunft verstärkt auch demografische Gründe können einen solchen Rückgang bewirken.

Real läuft es anders

Die Modellschätzungen scheinen zudem zu unterstellen, dass ein allfälliges Kontingentsystem auf volkswirtschaftlich optimale Kriterien ausgerichtet wäre – und nicht auf den politischen Einfluss betroffener Branchen. Die Erfahrungen der Schweiz im 20. Jahrhundert mit Kon-

Die Nationalbank müsste so stark auf das Bremspedal drücken, dass das BIP um mehr als 9 Prozent unter dem effektiven Niveau läge.

tingenten und die Erfahrungen im Vereinigten Königreich seit dessen Austritt aus der EU zeigen, dass die Steuerung der Einwanderung nicht zu einer tiefen Einwanderung führen muss.

Zwei befragte Ökonomen äusserten sich am Dienstag auf Anfrage eher skeptisch zu Stalders Überlegungen. Auf gewissen Anklang stiess immerhin die Botschaft, dass eine direkte Steuerung der Einwanderung ohne Berücksichtigung von EU-Reaktionen geringere Kollateralschäden haben dürfte als die indirekte Steuerung via Geldpolitik. Doch ob ein Kontingentsystem im richtigen Leben besser wäre als der Status quo, ist eine ganz andere Frage.

Einer der befragten Ökonomen prognostiziert zudem, dass mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahre aus dem Arbeitsmarkt und den tiefen Geburtenraten in Europa die Einwanderung künftig viel weniger als Hypothek gesehen werde: «In zwanzig Jahren werden wir eine ganz andere Diskussion haben.»